

Im Verlauf der Analyse von Dokumenten über Einrichtungen und Maßnahmen zur beruflichen Erwachsenenbildung sind Prospekte, Veranstaltungskalender und -übersichten zusammengetragen und typisiert worden. Dabei zeigte es sich, daß das Angebot an Veranstaltungen zur beruflichen Erwachsenenbildung völlig unübersichtlich ist. Es hängt vom Zufall ab, ob der einzelne aus dem Bildungsangebot der verschiedenen Träger die Veranstaltung findet, die seinen Erwartungen und Bedürfnissen entspricht.

Anhand der Analyse konnten Informationslücken in den Dokumentationen über Einrichtungen und Maßnahmen zur beruflichen Erwachsenenbildung in quantitativer und qualitativer Hinsicht festgestellt bzw. bestätigt werden.

Quantitative Lücken ergeben sich durch die unvollständige Erfassung der

- Einrichtungen (Veranstalter) nach regionaler und überregionaler Übersicht,
- Veranstaltungen nach regionalem und überregionalem Angebot.

Qualitative Lücken lassen sich feststellen hinsichtlich der

- Lehrmethoden und Lehrkräfte
- Themenschwerpunkte
- Teilnahmevoraussetzungen und beruflichen Verwertbarkeit der Maßnahmen (z. B. Zertifikate)
- Teilnahmekosten

Schließlich gibt es keine systematischen Untersuchungen, die Auskunft über die Struktur der Erwachsenenbildung und deren Einordnung in das Gesamtbildungssystem erteilen.

Die mit der beruflichen Erwachsenenbildung verbundenen unmittelbaren und mittelbaren Kosten entziehen sich bisher aus einer Reihe von Gründen einer exakten Erfassung. Mithin fällt es schwer, präzise Angaben über das gegenwärtige Kostenvolumen beruflicher Erwachsenenbildungsmaßnahmen zu machen, geschweige denn, entsprechende Kostenprognosen aufzustellen.

Die Untersuchung der Finanzierung von Weiterbildungsmaßnahmen hatte zu berücksichtigen

- die gegenwärtige Finanzierungspraxis sowie die zukünftigen Finanzierungsvorstellungen,
- die Tatsache, daß es nur selten allgemeine Finanzierungsrichtlinien im privatwirtschaftlichen Bereich gibt,
- den Umstand, daß die Mittelvergabe im öffentlichen Bereich auf dem Gesetz- und Verordnungsweg erfolgt,
- die unterschiedlichen Finanzquellen in der Bildungsarbeit.

Die gegenwärtige Finanzierung erfolgt aus

- Eigenmitteln des Teilnehmers bei Veranstaltungen, die nicht durch das Arbeitsförderungs-gesetz gefördert werden, nicht arbeitsplatz- oder berufsbezogen sind und von keinem geförderten Träger durchgeführt werden
- Mitteln des Arbeitgebers entweder bei der Durchführung von Eigenveranstaltungen oder Kostenerstattung bei externen Veranstaltungen. Diese Bildungsmaßnahmen sind meistens arbeitsplatz- und berufsbezogen;
- Mitteln der öffentlichen Hand. Sie zielen entweder auf die Unterstützung des Teilnehmers (AFG) oder der Trägerorganisationen ab;
- Mitteln seitens großer Trägerorganisationen wie Kirchen, Parteien u. ä.

Bei der Entwicklung von Modellen für eine künftige, der zunehmenden Bedeutung der beruflichen Erwachsenenbildung gerecht werdende Finanzierung wird es im wesentlichen darum gehen

- ob und wie weit der einzelne Teilnehmer finanziell entlastet werden kann
- welche zusätzlichen Mittel der Staat und/oder die Unternehmen aufzubringen haben
- wie eine sinnvolle Koordination in Finanzierungsfragen zwischen Individuum, öffentlicher Hand und privatwirtschaftlichem Bereich herbeigeführt werden kann.

Wichtige Erkenntnisse und Materialien zu diesen Grundfragen einer Neuordnung des Finanzierungssektors sind insbesondere von den breitangelegten Untersuchungen zu erwarten, die die eigens von der Bundesregierung auf die Kosten- und Finanzierungsprobleme der beruflichen Bildung angesetzte Sachverständigenkommission z. Z. durchführt.

Hinsichtlich der Berufsbildungsforschung bleibt zu vermerken, daß die systematische Erarbeitung von Voraussetzungen für eine effiziente Erwachsenenbildung zu den vordringlichsten Aufgaben zählt. Dazu gehört neben der Kenntnis und Steigerung der notwendigen Lernmotivierung die Erforschung einer erwachsenenadäquaten Didaktik und Methodik.

Die Lehrinhalte müssen so flexibel gestaltet werden, daß sie dem Ziel der Mitwirkung der Erwachsenen an Entscheidungs- und Veränderungsprozessen in einer sich rasch wandelnden Gesellschaft gerecht werden.

Die Professionalisierung der „Erwachsenenbildner“ und die Entwicklung von Studiengängen sind, wie der Bildungsurlaub, ein noch ungelöstes Problem.

Ein effizientes System der Erwachsenenbildung ist nur durch Kooperation der Träger zu erreichen. Die notwendige Zusammenarbeit bzw. Aufgabenteilung setzt umfassende Informationen über die einzelnen Träger und deren Bildungsprogramme voraus. Die Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Medienverbund sind noch nicht ausdiskutiert.

Es bleibt ferner zu prüfen, in welchem Umfang Ausbildungsinvestitionen für die Erwachsenenbildung nutzbar gemacht werden können. Durch umfassende Erhebungen sollten die Wechselbeziehungen zwischen Bildungs- und Infrastruktur aufgezeigt werden, weil die Kenntnis derartiger Zusammenhänge wiederum das Entwickeln eines auf die Bedürfnisse der Teilnehmer abgestimmten Bildungsangebots erleichtert. Auf diese Weise könnten auch besser regionale Gegebenheiten in der Bildungsgesamtplanung berücksichtigt werden.

Günter Kühn / Joachim Karbowski, Berlin

Ausbildung im Bereich des Umweltschutzes

Die Fragen des Umweltschutzes wurden und werden überwiegend als technisches Problem diskutiert, während der personale Aspekt kaum über die allgemeine Feststellung eines wachsenden Bedarfs an einschlägig vorgebildeten Kräften hinausgehend behandelt wird. Das BBF hat daher im vergangenen Jahr die Anregung des Bundesministers für Arbeit, erste Grundüberlegungen zur Ausbildung eines „Facharbeiters für den Umweltschutz“ anzustellen, aufgegriffen und zum Anlaß für die Bildung folgender Hypothesen genommen:

1. Dem umfassenden Begriff „Umweltschutz“ kann kein einzelner Fachberuf zugeordnet werden. Es ist vielmehr anzunehmen, daß eine Reihe von beruflichen Bereichen tangiert wird und sich dort spezielle Berufstätigkeiten ausgebildet haben oder ausbilden werden.
In einer ersten Annäherung ist danach festzustellen, welche Bereiche das sind.
2. Das komplexe Phänomen „Umwelt“ läßt erwarten, daß die beruflich wahrzunehmenden „Umweltschutzaufgaben“ je nach Beruf und Stellung im Beruf unterschiedlichen Umfang besitzen.
Demzufolge werden sich differenzierte Ausbildungsniveaus ergeben, die in einer vertikalen Verbindung zueinander stehen.
Ihre jeweiligen Inhalte sind zu erfassen, ihre Verknüpfungen aufzuzeigen.

Die Komplexität wie Spezialität des so umrissenen Problems ließ die alleinige Bearbeitung durch das im Aufbau befindliche BBF nicht zu. Deshalb ist das WEMA-Institut, Köln, beauftragt worden, diesen Fragenkomplex im Wege einer Problem-analyse aufzuhellen.

Trotz der Einschränkung der Aufgabenstellung ist das Ergebnis nicht nur aus berufsbildungspolitischen Gesichtspunkten interessant, sondern dürfte auch für alle mit Umweltschutzfragen befaßten Kreise von Bedeutung sein.

Der Bericht läßt folgende Interpretation zu:

1. Die Komplexität des Umweltschutzes wird überzeugend und wohl erstmalig in der Form einer Matrix von Schädigungsfaktoren und Gefährdungsbereichen sehr übersichtlich dargestellt. Diese Matrix weist auf, daß es faktisch keinen Lebensraum und damit auch keinen Berufsraum gibt, der nicht von Phänomen der Umweltgefährdung berührt ist und in Zukunft noch stärker davon berührt sein wird.

Das führt zu der Erkenntnis, daß „Umweltschutz“ ein allgemeines Element jeder beruflichen Ausbildung werden muß, wie es z. B. die Unfallverhütung bereits seit Jahrzehnten ist. D. h., das Bildungsziel, ein die Umwelt schützendes Verhalten zu prägen, ist in Zukunft in die beruflichen Curricula ebenso selbstverständlich zu integrieren, wie das seit langem mit den Aspekten der Unfallverhütung geschehen ist. Daraus ergibt sich die Forderung, die entsprechenden curricularen Ergänzungen zu erarbeiten und Unterrichtsmittel, Lehrgänge etc. kurz- bis mittelfristig zu entwickeln.

2. Als allgemeine berufsrelevante Aspekte des Umweltschutzes sind in einer ersten Annäherung die folgenden Aufgaben zu sehen:

- Feststellung der vermeidbaren und unvermeidbaren Umweltschädigungen nach Quelle und Umfang,
- Verhütung der vermeidbaren Umweltschädigungen,
- Neutralisierung / Milderung der unvermeidbaren Umweltschädigungen.

Diese berufsrelevanten Aufgaben könnten zunächst jeweils besonderen, bestehenden Berufsgruppen zugeordnet werden.

Eine derartige Zuordnung entspricht – wie auch die Studie zeigt – in etwa dem gegenwärtigen beruflichen Entwicklungsstand. Besonders ausgeprägt finden sich im Aufgabenbereich „Neutralisierung/Milderung“ traditionelle berufliche Spezialisierungen des Dienstleistungsbereichs, während die Aufgabenbereiche Feststellung und Verhütung noch keine deutlichen beruflichen Strukturierungen erkennen lassen, aber eine Zuordnung zu dem Bereich „Technische“- bzw. -Fertigungs- und Technische Berufe“ denkbar erscheinen läßt.

3. Daraus wären kurz-, mittel- und langfristige Zukunftsaufgaben für die Berufsbildungsforschung im Bereich des Umweltschutzes zu formulieren.

- Kurzfristige Zielsetzung (2–3 Jahre):

– In Anbetracht der Tatsache, daß die Umweltschutzproblematik in ihrer heutigen Ausprägung bei einigen speziellen Berufsgruppen in der Ausbildung berücksichtigt wird, sollte deshalb kurzfristig angestrebt werden, diese entsprechend zu akzentuieren und zu intensivieren.

- Mittelfristige Zielsetzung (5–10 Jahre):

– Für alle anderen Berufsgruppen ist zu prüfen, welche Berührungspunkte zu Fragen des Umweltschutzes gegeben sind. Mit Hilfe einer Bedarfsskala könnte die Notwendigkeit und die Dringlichkeit festgestellt werden, bestimmte auf den Umweltschutz gerichteten Elemente in die bestehenden Ausbildungsgänge einzubauen. Parallel dazu sollte für den Umweltschutz – in Analogie zur Unfallverhütung, wo sich der Beruf des „Sicherheitsingenieurs“ und des „Sicherheitsbeauftragten“ herausgebildet hat – durch weitergehende Analysen Erkenntnisse darüber gewonnen werden, ob die Entwicklung eines gesonderten Berufs des „Umweltschützers“ geboten erscheint.

- Langfristige Zielsetzung (10–30 Jahre):

Auf der Basis der mittelfristig angelegten Strukturierung eines Umweltschutzberufes könnten sich die langfristigen Überle-

gungen darauf richten, ob im Sinne einer beruflichen Spezialisierung durch die Entwicklung entsprechender Ausbildungsgänge jedem Umwelt-Gefährdungsfaktor eigene „Verhütungs- bzw. Schutzberufe“ entgegengestellt werden können.

Es ist vorauszusehen, daß es einer großen Zahl von Analysen durch verschiedenartigste Gremien und Institutionen bedarf, um der dargestellten Problematik mit geeigneten Lösungen begegnen zu können. Das Bundesinstitut ist bereit, hierzu beizutragen, sieht sich aber angesichts seiner geringen Ressourcen und Kräfte außerstande, ohne besondere umfangreiche Zuweisungen die aufgeführten Aufgaben zu lösen.

Tomas Kemp / Joachim Karbowski / Günter Kühn, Berlin

Wir übernehmen für Sie
die funktionsgerechte Planung
und Einrichtung von:

**Lehrwerkstätten
Laboratorien
Werk- und Demonstrationsräumen**

Wir liefern

Schulmöbel und Einrichtungen für alle Schultypen

Lehrmittel für allgemeine und berufliche Schulen

Maschinen und Modelle für das Metallgewerbe, Kfz.-Gewerbe, Elektrogewerbe und andere Berufe

Lehrgänge, Modelle und Arbeitsmittel der ABB Laboreinrichtungen, Prüfstände, Meß- und Prüfgeräte für Technikerschulen und Universitäten
Einrichtungen für Jungarbeiterklassen

Einrichtungen für die Arbeitslehre und für Berufsgrundschulen

Spezialeinrichtungen für den Schulbau wie Sondermöbel, Drehscheiben für Maschinen, Maschinentransportwagen u. ä.

Berthold Horstmann

Schuleinrichtungen – Lehrmittelverlag

465 Unna, Umlandstraße 5 · Telefon (0 23 03) 31 69

43 Essen, Cranachstraße 3 A · Telefon 79 21 32

Vermögensbildung
durch Bausparen

**Beamte, Angestellte,
Arbeiter des
öffentlichen Dienstes**

Es gibt keinen vernünftigen Grund, auf unsere Vorteile zu verzichten! Es sei denn, Sie wollen kein eigenes Heim oder eine sichere Geldanlage. Tun Sie jetzt den entscheidenden Schritt. Als Ihre bedeutendste Selbsthilfeeinrichtung machen wir Ihnen Finanzierungsvorschläge, die sich Ihren persönlichen Verhältnissen anpassen. Fordern Sie noch heute unsere kostenfreie Schrift „Leichter mit dem BHW“ an.

Leichter
mit
dem

BHW

Gemeinnützige
Bausparkasse
für den
öffentlichen
Dienst GmbH

Beamtenheimstättenwerk
325 Hameln · Postfach 666 · Fernruf (05151) 861